

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 6. 34. Jahrg.

4. Februar 1921

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 2 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 3 Mk.

**Redaktion:**  
Hans Rommger, Berlin N 25, Elsaßstr. 86-88, 111. Redaktionsschloß:  
Montag, Telefon: Amt Norden 4268.  
Verlag: Johannes Bieg, Berlin N 24; Druck und Expedition:  
Conrad Müller, Schenkenditt-Lesvie, Auguststr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

## Inhalt:

**Hauptteil:** Bekanntmachungen Internationaler Gewerkschaftskongreß. IV. Rundschau Gewerkschaften und Sozialisierung. Das Existenzminimum. — **Allgemeines:** Ortsberichte: Cassel; Geislingen; Hamburg; Krefeld; Magdeburg; Niedersiedlitz; Saalfeld a. d. S. — **Der Lithograph:** Modezeichnerbewegung. Zur Bewegung der Berliner Kartographen. — **Anzeigen.**

## Bekanntmachungen.

### An alle Orts- und Gauvorstände

kam unterm 25. Januar Rundschreiben Nr. 29 zum Versand. Aus dem Inhalt, auf dessen Wichtigkeit besonders hingewiesen sei, heben wir hervor: 1. Besichtigung der Arbeiterakademie in Frankfurt am Main. 2. Liste der Privatlithographen. 3. Der Formstehertarif. 4. Die Leipziger Plakat- und Kartenentwürfe. Besonders der Plan der Arbeiterakademie und die dazu gefaßten Beschlüsse erfordern die aufmerksamste Beachtung.

Sollte irgendwo diese Sendung nicht eingegangen sein, so bitten wir um sofortige Mitteilung, damit Zusendung noch einmal erfolgen kann.

### Der Vorstandsvorstand.

## Internationaler Bund der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe.

### Frankreich:

Die graphischen Arbeiter, Lithographen und Steindrucker eingeschlossen, von St. Etienne und Nancy stehen zwecks Erkämpfung eines neuen Tarifes in Streik.

### Polen:

Die Bucharbeiter Polens (früher preussische Gebiete) stehen im Streik. Kollegen, die nach Eintritt normaler Verhältnisse nach dort in Stellung gehen wollen, müssen Erkundigungen einholen beim Kollegen Edm. Szymanski, Steindrucker, Poznan (Polen) al Staszycza 22, widrigenfalls sie auf keine gute Aufnahme hoffen dürfen.

### Belgien:

In Brüssel stehen die Formstecher für Tapetenwalzen im Streik zur Abwehr eines von den Unternehmern verlangten Lohnabbaues.

Wegen Nichtanerkennung des in Belgien allgemein gültigen Tarifes stehen die graphischen Arbeiter in den Städten Bruges, Courtrai und Tournai im Streik.

Genossen! Übt Solidarität und haltet Zuzug nach diesen Plätzen fern!

### Der internationale Sekretär.

I. A.: Francois Poels.

## Tarifamt für Deutschl. Chemigr. u. Kupferdrucker u. für das deutsche Lichtdruckgewerbe

### Preisaussschreiben

zur Erlangung eines Entwurfes für ein Lehrzeugnis. Zur Erlangung eines Entwurfes für ein Lehrzeugnis im Chemigraphie-, Kupfer- und Lichtdruckgewerbe sind insgesamt 12 Arbeiten eingegangen. Das Tarifamt war leider nicht in der Lage, einen der eingegangenen Entwürfe mit den in Aussicht genommenen Preisen zu bedenken, doch hat das Tarifamt den Einsendern der Entwürfe

1. »Ins Leben«, gez. Paul Rössel, Dresden,
  2. »Hinaus«, „ Friedr. Schenk, Mannheim,
  3. »Stadt«, „ Hans Gutgesell, Offenbach a. M.
- Je eine Entschädigung von 150 Mark zugesprochen. Den Herren Einsendern der anderen Entwürfe danken wir für ihre Mitarbeit.

Berlin SW 68, den 27. Januar 1921.

I. A.: Rich. Köhler, Geschäftsführer.

## Internationaler Gewerkschaftskongreß.\*

### IV.

Eine Antwort an die Moskauer Internationale ist von einer Kommission bearbeitet worden. Nach längerer interessanter Aussprache wird bei Stimmenthaltung der italienischen und gegen die Stimmen der norwegischen Delegation die nachfolgende Entschließung angenommen:

»Der Außerordentliche Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes, auf dessen Tagung in London 26000000 organisierte Arbeiter in 18 Ländern vertreten sind,

Die politischen, noch mehr aber die wirtschaftlichen Verhältnisse treiben mit Riesenschritten dem Machtkampf zwischen Kapital und Arbeit zu. Den sichtbaren Beginn dieses Machtkampfes wird die Sozialisierung des Kohlenbergbaues einleiten. Hier wird sich zeigen, welche Macht die Arbeiterschaft in die Waagschale der Wirtschaftsbestimmung zu legen hat. Die Gewerkschaften werden und müssen als die stärkste Waffe des Proletariats die Last dieses Kampfes tragen und dafür sorgen, daß der eingeschlagene Weg weiter gegangen wird. Wer will, daß auch unser Verband die ihm aus der Entwicklung erwachsenden Pflichten erfüllt, kann in der Ur-

abstimmung nur mit

**Ja  
stimmen!**

nimmt Kenntnis von den erneuten Angriffen und Verleumdungen, die gegen diesen Kongreß von den Führern der Dritten Internationale gerichtet wurden, Verleumdungen und Anwürfe, wie sie keineswegs als angemessene Erörterungsformen unter freien und kultivierten Menschen angesehen werden können.

Der Kongreß bemerkt, daß das jüngste Manifest einerseits die Unterschriften von Lenin, Sinowjew, Radek, Bela Khun u. a., andererseits aber auch die von Tomsky, Losowsky, Kosmer und Chabline trägt, die entgegen den Tatsachen behaupten, daß sie einen Internationalen Gewerkschaftsbund vertreten.

Der Kongreß bemerkt ferner, daß die Unterzeichner dieses Manifestes ihre Kriegserklärung in dem Satze zusammenfassen, daß die syndikalistische Moskauer Internationale die »gelbe« Amsterdamer Internationale zertrümmern werde.

Der Kongreß nimmt mit Rücksicht auf die tatsächliche Lage der Dinge an, daß diese Angriffe nicht von dem Proletariat Rußlands herühren, daß man dieses daher auch in keiner Weise dafür verantwortlich machen darf.

Weiter betont der Kongreß, daß diese verleumderischen Kritiken und diese Kriegserklärungen entweder nur die völlige Unwissenheit über die Zusammensetzung und die Tätigkeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes dartun oder aber den unbestreitbaren besten Willen beweisen, der dem unheilvollen Wunsche entspricht, die Arbeiterorganisationen aller Länder zu vernichten.

Der Kongreß weist mit allem Nachdruck die gegen ihn und die internationale Arbeiterbewegung gerichteten Verleumdungen zurück.

Indem der Internationale Gewerkschaftsbund sich gegen alle diese Verleumdungen wendet, erklärt er, daß er sich weder spalten noch vernichten lassen wird.

Er sichert den angeschlossenen Zentralverbänden volle Autonomie und Bewegungsfreiheit zu, aber er gebietet ihnen auch, allen Aufforderungen außenstehender Körperschaften, ihre Sonderbestrebungen in der Gewerkschaftsinternationale zu unterstützen, den Gehorsam zu versagen.

Der Kongreß bestätigt, daß der Internationale Gewerkschaftsbund und seine Zentralverbände aller Länder ihre Tätigkeit auf die Umgestaltung der Gesellschaft und die Beseitigung des kapitalistischen Ausbeutungssystems richten. Dies geschieht unter voller Berücksichtigung der Lebensgewohnheiten, der Überlieferungen und der tatsächlichen Lage in jedem Lande.

Aus diesen Gründen erinnert der Kongreß an die Tatsache, daß die gewerkschaftliche Internationale sich wider die Regierungen gekehrt hat, die die Gegenrevolution unterstützen und die militärischen Unternehmungen gegen die bereits auf dem Wege zur Freiheit vorwärts marschierenden Völker begünstigen.

Trotz dieser Verleumdungen und ihrer Verbreiter richtet der Kongreß seinen Appell an das Proletariat Rußlands sowie an alle anderen Arbeiter, die über die Ziele des Internationalen Gewerkschaftsbundes irreführt wurden:

Der Kongreß erklärt hiermit seine volle Solidarität und Sympathie mit ihren Leiden und revolutionären Bestrebungen. Er ladet sie ein, sich dem Internationalen Gewerkschaftsbund anzuschließen und durch ihre Kampfkraft die des übrigen Proletariats zu stärken und so der gesellschaftlichen Reaktion eine geschlossene Kampffront gegenüber zu stellen.

Ein Zusatzantrag, der zum Ausdruck bringt, daß eine Regierung, auch eine kommunistische, nie zugleich als Leitung einer Arbeiterinternationalen anerkannt werden kann, wird gegen Norwegen bei Stimmenthaltung der Engländer und Tschechen angenommen.

Zur Untersuchung der Frage der Besetzung des Ruhrgebiets hatte der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes eine Kommission nach Deutschland geschickt, die aus Jouhaux und Merrheim (Frankreich), Mertens (Belgien) und Fimmen (Sekretär) bestand. Der Bericht dieser Kommission ist ein außerordentlich wichtiges Schriftstück von 35 Druckseiten.

Jouhaux (Frankreich) führt ergänzend aus, daß die Kommission sowohl die Gewerkschaften und Behörden wie die Unternehmerorganisationen aufgesucht und an allen Stellen jede

\* Siehe »Graphische Presse« Nr. 50, 51, 52, Jahrgang 33.

gewünschte Auskunft erhalten habe. Die allgemeine Schlußfolgerung könne nur sein, daß die Zustände im Ruhrgebiet außerordentlich schwierig und unbefriedigend seien.

Legien (Deutschland) dankt dem Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes für die Entscheidung der Kommission ins Ruhrgebiet wie auch dieser selbst für ihre Arbeit und ihren Bericht. Der Mitteilung des Berichtes, daß die deutschen Bergarbeiter die geforderten 2 Millionen Tonnen an die Entente monatlich abliefern, muß aber hinzugesetzt werden, daß sie zweimal wöchentlich je eine halbe Ubersicht arbeiten. Den an sie gestellten hohen Anforderungen können sie nur auf Kosten ihrer Arbeitskraft und ihrer Gesundheit gerecht werden, weil sie stets unter dem Mangel an guten Lebensmitteln leiden. Wir haben daher die Pflicht, ihnen für ihre Leistung, die im Interesse aller liegt, den wärmsten Dank auszusprechen. In dem Berichte der Kommission ist davon die Rede, daß die Verteilung der deutschen Kohle unter den einzelnen Ländern neu geregelt werden soll. Wir deutschen Arbeiter haben dabei den Wunsch, daß die dafür zuständigen Instanzen auch aus den Ententeländern durch Arbeitervertreter verstärkt werden, wie von der deutschen Regierung dazu unser Genosse Hué herangezogen wurde. Ich will hier keine Kritik über am Friedensvertrage selbst, oder etwa an der versuchten Einwirkung auf die Volksabstimmung in Oberschlesien, an der Grenzregulierung, welche neuerdings eine interalliierte Kommission an der Weidsee vorgenommen hat, usw., obwohl all das die ernstesten psychischen Einwirkungen auf unsere Volksmassen haben muß, da wir als Arbeiter bereit und entschlossen sind, die Friedensbedingungen durchzuführen zu helfen. Voraussetzung ist aber, daß uns die Möglichkeit dazu gelassen werde. Unter den heutigen Verhältnissen aber und insbesondere angesichts der Auslegung mancher Bestimmungen des Friedensvertrages durch die Organe der Entente, darüber sollte man sich nicht täuschen, besteht diese Möglichkeit nicht. So sagen die §§ 169 und 202, daß alles deutsche Kriegsgerät zu zerstören ist, aber diese Bestimmung will man ausdehnen auf alle Maschinen, die überhaupt zu Kriegszwecken verwendbar wären, auch wenn sie durchaus für Friedenszwecke erforderlich sind. Die größten früheren Militärwerkstätten des Staates sind in eine große Aktiengesellschaft zur Herstellung von nicht für den Krieg bestimmten Erzeugnissen umgewandelt worden. Die Gesellschaft ist Staats Eigentum und ihre Leitung umschließt eine Reihe bekannter Arbeiterführer, die allein schon jede weitere Herstellung von anderem als sogen. Friedensmaterial zu verhindern wissen werden. Trotzdem besteht die Entente auf der sinnlosen Zerstörung vieler Maschinen, Motoren, Flugzeughallen und anderen kostbaren Einrichtungen, die bei der heutigen verzweifelten Lage Deutschlands gerade zu unentbehrlich und unersetzlich sind und obendrein für Friedenszwecke umgebaut werden oder werden können. (Redner zählt einige besonders krasse Beispiele auf.) Diese Methode der Auslegung und Anwendung des Friedensvertrages ist dem Wortlaute und auch dem Sinne des Vertrages zuwider. Ihr Zweck ist nur, unsere Industrie und Volkswirtschaft zu zerstören und damit auch die deutsche Arbeiterklasse niederzuhalten. Dem gleichen Ziele strebt man zu durch Maßnahmen, die den Rest der physischen Kraft unseres Volkes untergraben sollen. Man denke nur an die Forderung der Ablieferung von 810 000 Milchkuhen oder von einem Zehntel und natürlich dem besten Teile — da die alliierten Kommissionen bei der Abnahme alles ablehnen, das ihnen nicht als das Beste des Verhandelnden erscheint — unseres ganzen Viehbestandes. Diese Ablieferung würde den Verlust von rund 6 Millionen Litern Milch täglich, die wir heute unseren Säuglingen und jungen Müttern in kargen Rationen geben, bedeuten und damit ein gewaltiges Ansteigen der jetzt schon erschütternden Sterblichkeitszahlen. Das bringt uns immer

wieder zum Bewußtsein die tragische Bedeutung des Ausspruches, den Clemenceau getan haben soll, daß Deutschland immer noch 11 Millionen Einwohner zuviel zähle. In der Tat, was wir täglich erleben, hat offensichtlich nur den Zweck, unser Volk vollends zu vernichten. Daher fragen wir, wie sollen wir unsere Verpflichtungen erfüllen können, wenn diese Zustände andauern? Wir flehen nicht um Mitleid oder Erbarmen, sondern appellieren an Ihren Verstand und an Ihr eigenes Interesse! Glaubt man, daß die Beschlüsse dieses Kongresses, sich der Moskauer Welle zu widersetzen, irgendwelche praktische Bedeutung behalten werden, wenn eine Änderung der gegen uns angewandten Methoden nicht eintritt? Die Arbeiter eines Landes fragen nicht danach, wer sie regiert, wenn sie zur Verzweiflung getrieben werden. Sie sind dann jeder Einflüsterung zugänglich und verlangen nur radikale Änderung ohne Rücksicht auf die Folgen. Dabei will auch ich Jouhaux Worte bestätigen, daß die deutschen und die französischen Arbeiter wissen, daß sie zusammengehören und zusammenwirken müssen, wenn die europäische Zivilisation gerettet werden soll. Wir haben daher schon während der Friedensverhandlungen einen vollständig ausgearbeiteten Plan der deutschen Gewerkschaften zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich vorgelegt, aber die französische Regierung hat damals, unter dem Druck ihrer beutesüchtigen Kapitalisten, die Ausführung des Planes, dieser »sozialen Entente«, verhindert. Die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs haben diese Pläne erneut aufgenommen. Ich hoffe, daß sie zur Ausführung kommen und so einen neuen Beweis von der proletarischen Solidarität und von unserem Wirken, die Schäden des Krieges heilen zu helfen, liefern. Der Krieg ist angeblich zur Vernichtung des preussischen Militarismus geführt worden. Dieser ist vernichtet, aber er hat in anderen Ländern seine Wiedererstehung erlebt. Im besetzten Rheinland z. B., in dem Deutschland früher 75 000 Soldaten hatte, stehen heute 130 000 Mann Ententetruppen. Gegen diese militärische Entwicklung und Bedrohung hilft uns nur die Verständigung unter den Arbeitern, das Zusammenarbeiten der deutschen mit den französischen Arbeitern. Wir wollen gemeinsam die leidende Menschheit wieder aufrichten, aber uns deutschen Arbeitern muß zu dieser Arbeit auch die Möglichkeit gelassen werden. (Starker Beifall von allen Seiten.)

Der Vorsitzende Thomas erklärt für die britische Delegation, daß auch sie überzeugt sei, daß die angebliche Vernichtung des Militarismus der größte Schwindel des Krieges sei. Allerdings müsse Legien in dieser Beziehung besonders an die Hilfe der französischen Genossen appellieren, da deren Regierung entschlossen sei, ihre imperialistische Politik fortzusetzen. Dauernder Friede aber ist nur möglich, wenn der Haß unter den Völkern verschwindet und diese sich verständigen. Es sei Wahnsinn und eine Mißachtung der Lehren der Geschichte, wenn man annehme, Deutschland könne ausgemerzt werden. Unseren deutschen Genossen aber obliegt die Pflicht, die Befürchtungen, daß Deutschland wieder eine militärische Politik verfolgen, zu zerstreuen. Bei der Abwehr jedes militaristischen Angriffs wollen die französischen Arbeiter ihren deutschen Genossen zur Seite stehen. Dazu sind auch die Arbeiter aller anderen Länder bereit.

Die vorgelegte Resolution wurde darauf einstimmig unter Beifallsbezeugungen angenommen. Sie lautet:

»Der vom 22. bis 27. November in London tagende außerordentliche Internationale Gewerkschaftskongreß erhebt nach Kenntnisnahme des Berichtes der vom Internationalen Gewerkschaftsbunde in das Ruhrgebiet entsandten Untersuchungskommission energischen Protest gegen die angedrohte Besetzung dieses Gebiets durch die Truppen der Entente.

Der Kongreß stellt fest, daß eine derartige Maßnahme ein nicht zu rechtfertigender Gewaltakt sein würde, eine Vergewaltigung der getroffenen Abkommen, eine Vergewaltigung der Freiheit und der Bestrebungen der Arbeiter zur Sozialisierung der Produktionskräfte, ein Schlag des internationalen Kapitalismus gegen die Arbeiterbevölkerung.

In der Überzeugung, daß die Besetzung des Ruhrgebiets verhängnisvolle Folgen haben und der Reaktion und dem Militarismus zugute kommen würde, daß sie den Gefahren welche die Welt bedrohen, noch neue hinzufügen und ein unübersteigbares Hindernis bilden würde für die Wiederaufnahme der normalen Verbindungen zwischen den Völkern, erklärt der Kongreß, daß die organisierten Arbeiter bereit sind, sich mit allen Mitteln einer derartigen Maßnahme zu widersetzen und zu verhindern, daß die Arbeiter des Ruhrgebiets einer militärischen Unterjochung unterworfen werden.

Der Kongreß erklärt, daß die Kohlenfrage nicht durch militärische Gewaltakte, sondern nur durch eine internationale Organisation der Produktion und der Verteilung aller Brennstoffmaterialien gelöst werden kann, wie sie bereits der internationale Bergarbeiterkongreß in Genf gefordert hat.

Der Kongreß erklärt, daß ganz im besonderen die Produktion im Ruhrgebiet unbestreitbar abhängig ist von einer guten Lebensmittelversorgung der Grubenarbeiter.

In Erwägung, daß die Bergleute die in Spa eingegangenen Verpflichtungen voll erfüllt haben, verlangt der Kongreß auch für sie die Erfüllung der Versprechen, welche ihnen als Gegenleistung gemacht worden sind. Er weist hin auf die ernste Lage, in der die arbeitende Bevölkerung des Ruhrgebiets sich befindet, auf das Elend, das die Jugend mit dem Tod bedroht, und verlangt, daß Maßnahmen zur Beseitigung dieses entsetzlichen Zustandes getroffen werden.

Der Kongreß erklärt schließlich, daß die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Gruben nur das Werk freier, von dem gleichen Willen zur Freiheit und zum Frieden beseelter Arbeiter sein kann.

Nachdem Hueber (Österreich) für die große Hilfsaktion der Internationale zugunsten der österreichischen Gewerkschaften und Jaszaí (Ungarn) für die Hilfe, die ihrer bedrängten Bewegung in verschiedenster Weise zum Ausdruck gebracht wurde, den angeschlossenen Landeszentralen gedankt hatten, erfolgte die üblichen Schlußreden und die Schließung des Kongresses unter gemeinsamer Absingung der alten schottischen Arbeiterhymne.

Während der Tagung des Kongresses, der für die gewerkschaftliche Internationale ein Wendepunkt von höchster Bedeutung darstellte, fanden mehrere gesellige Zusammenkünfte statt, sowohl auf Einladung des englischen Gewerkschaftsbundes, des Parlamentarischen Komitees des Gewerkschaftsbundes, des britischen Komitees für den Wiederaufbau der sozialistischen Internationale, wie auch für einzelne Teile auf Einladung bestimmter Berufsgewerkschaften. Bei allen diesen Gelegenheiten zeigte sich nicht nur herzlichste Kameradschaftlichkeit unter den Vertretern aller Länder, sondern auch, wie oft in der feierlichsten Weise betont wurde, der feste Wille, die internationale Organisation so auszubauen und zu festigen, daß sie jeden künftigen Krieg verhindern kann. Dem Kongreß selbst folgte eine Internationale Konferenz der Eisenbahner, die der Internationalen Transportarbeiter-Föderation angehören.



**Rundschau.**

**Treue Anhänglichkeit an unsern Verband.** Schon oft konnte der Verbandsvorstand den Eingang von Schreiben registrieren, in denen im Auslande befindliche Kollegen der Wirksamkeit unseres Verbandes gedachten und durch den Bezug der »Graphischen Presse« die Verbindung mit der Heimat aufrecht erhalten. Im Namen einer Reihe ehemals deutscher Kollegen sandte auch dieses Jahr der Kollege Carl Wespe, Boston, jetzt Chicago, zum Bezuge der »Graphischen Presse« 7 Dollar mit der Bemerkung, daß das Interesse für die »Graphische Presse« unter den dortigen Kollegen ein großes ist. Da dieser Betrag, genau so wie der uns im vergangenen Jahre übermittelte Betrag von 10 Dollar, die Bezugskosten der »Graphischen Presse« weit übersteigt, ist der überschießende Betrag der Unterstützungskasse des Verbandes zugeführt worden. Diese Zuwendungen, sowie die Zuschriften zeigen immer wieder, daß das segensreiche Wirken des Verbandes im Herzen aller Kollegen eine Stätte gefunden hat und noch wirksam ist, weit über die Grenzen Deutschlands hinaus. Freuen wir uns dieser Tatsache und sorgen wir durch Einigkeit und Geschlossenheit auch fernerhin dafür, daß diese Anhänglichkeit an unsern Verband auch weiterhin erhalten bleibt. Allen Kollegen im Ausland aber: Herzlichen Gruß.

**Starke Zunahme der Arbeitslosigkeit.** Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist in der Zeit vom 15. Dezember bis 1. Januar um 43000 auf rund 409000 gestiegen, und zwar hat die Zahl der männlichen sich von 292000 auf 333000, die der weiblichen von 74000 auf 76000 erhöht. Der besonderen Steigerung der männlichen Erwerbslosen entspricht die starke Zunahme der Familienangehörigen von 381000 auf 454000.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die unterstützten Erwerbslosen mit ihren Angehörigen nur einen Bruchteil der wirklichen Erwerbslosen bilden. Tatsächlich dürfte die Zahl der Erwerbslosen und ihrer mitbetreffenden Angehörigen das Doppelte der vorgenannten Ziffern überschreiten, wozu noch die sehr große Zahl der sogenannten »Kurzarbeiter« tritt.

**Die Volksfürsorge marschiert!** Die »Volksfürsorge«, die Lebensversicherungskasse der Arbeiterschaft, die 1913 mit Hilfe der Gewerkschaften und Genossenschaften ins Leben gerufen worden ist, hat im verflossenen Jahre einen floitlen Aufstieg zu verzeichnen. Bis Ende 1919 waren bereits 458000 Versicherungsfälle zu verzeichnen. Im Jahre 1920 sind nun allein mehr als 250000 neue Versicherungsanträge dazugekommen.

In den Kreisen privalkapitalistischer Versicherungsinteressenten gab es bei der Gründung der »Volksfürsorge« eine Strömung, die der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksversicherung nur ein sehr kurzes Leben prophezeite. Sie ist somit arg getäuscht worden. Daß die Gründung der »Volksfürsorge« notwendigen Bedürfnissen entsprach, beweisen ihre Erfolge. Bei der Versicherungsmöglichkeit bis 5000 Mark läßt sich in den weitesten Kreisen mit Erfolg werben. Angesichts der jetzigen Lebenslage muß eine möglichst hohe Versicherungssumme das Ziel sein. Darauf steuert die Entwicklung auch zu, wie unsere Zahlen be weisen.

Das Ergebnis des verflossenen Jahres muß allen Gewerkschafter und Genossenschaftler, die mit daran gearbeitet haben, mit Stolz erfüllen, und die in Versicherungsfragen noch gleichgültig beseitete Stehen den sollte es anzuregen, aus ihrer Passivität herauszutreten und mit Hand ans Werk zu legen. In der Frage der Fürsorge für eintretende Fälle der Not, die durch Todesfälle kaum einer Arbeiterfamilie erspart werden, sind sich die denkenden und fühlenden Arbeiter aller Richtungen klar. Nur Unkenntnis steht noch abseits. Diese gilt es, weil sie riesengroß ist, mit allen Mitteln der Aufklärung zu überwinden. Die Millionen neuer Gewerkschafts- und Genossenschaftsmitglieder und sozialistischer Wähler sind zu informieren und zu gewinnen für die »Volksfürsorge«.

**Gewerkschaften und Sozialisierung.**

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte in seiner Dezembertagung eine Kommission eingesetzt zur Prüfung der Vorschläge für die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft und der Kommission den Auftrag erteilt, diesbezüglich mit den beiden sozialistischen Parteien in Verbindung zu treten. Über das Ergebnis ihrer Arbeiten erstattete die Kommission in der Sitzung des Bundesausschusses am 20. Januar Bericht. Die sich anschließende eingehende Beratung endete mit der Annahme nachstehender Entschließung:

»Die im Ausschuß des A. D. G. B. vertretenen Vorstände der deutschen Gewerkschaften fordern von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Mit Befremden müssen die Gewerkschaftsvorstände feststellen, daß die Reichsregierung die den Gewerkschaften am 20. März 1920 gegebene Zusage der sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige ebenso-

wenig erfüllt hat wie das den Bergarbeitern anlässlich der Durchführung des Spa-Abkommens gemachte Versprechen, den Kohlenbergbau gemeinwirtschaftlich zu organisieren. Auch die Regierungserklärungen vom 5. August, vom 22. September und vom 5. Oktober 1920 sind bisher uneingelöst geblieben. Anstatt den gesetzgebenden Körperschaften einen Gesetzesentwurf zur beschleunigten Erledigung zu unterbreiten, versäumt die Reichsregierung die Zeit damit, den vorläufigen Reichswirtschaftsrat mit der Begutachtung von Gutachten der Sozialisierungskommission zu beschäftigen, um eine wirkliche Sozialisierung zu verschleppen oder gänzlich zu verhindern. Die Gewerkschaftsvorstände erklären, daß kein irgendwie geartetes Gutachten des vorläufigen Reichswirtschaftsrates die Reichsregierung von der Erfüllung ihrer gegenüber der Arbeiterschaft eingegangenen Verpflichtungen entbinden kann.

Die Gewerkschaften können eine Sozialisierung der Kohlenwirtschaft nur von einem Gesetz erwarten, das folgenden Bedingungen entspricht:

1. Alle Erdschätze gehören der Nation.
2. Die Ausbeutung der Kohlenvorkommen wird den bisherigen Besitzern gänzlich entzogen und gemeinwirtschaftlich organisiert.
3. Das gesamte Eigentum an Bergwerken und zugehörigen Anlagen wird gegen Entschädigung der Besitzer auf einen Gemeinwirtschaftskörper übertragen.
4. Die Kohlenbewirtschaftung soll einheitlich für das ganze Reich geregelt werden, ohne den Bezirken die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit zu verkümmern. Die Betriebe sind zu wirtschaftlich vorteilhaften Betriebseinheiten zusammenzufassen.
5. Die Lohn- und Gehaltsregelung soll auf Grund von Reichstarifen tragen mit den Gewerkschaften vereinbart werden.
6. Den Arbeiter- und Angestelltenvertretungen ist ein Mitbestimmungsrecht in den Betrieben sowie in der Wirtschaftsführung zu sichern.
7. Die Preisregelung soll nach gesunden volkswirtschaftlichen Grundsätzen unter Berücksichtigung der Verbraucherinteressen erfolgen, so daß eine allmähliche Ablösung der aus der Enteignung herührenden Schuldverpflichtung sowie Rücklagen für den notwendigen Ausbau der Kohलगewinnung sichergestellt werden.

Abzulehnen ist jede Lösung, die das Eigentumsrecht an den Kohlenbergwerken privatrechtlich erweitert oder zersplittert, anstatt es gemeinwirtschaftlich zusammenzufassen, oder die die Kohलगewinnung privatrechtlicher Ausbeutung weiterhin überläßt.

Der Ausschuß des A. D. G. B. hat unter diesen Gesichtspunkten seine Leitsätze für die Sozialisierung des Kohlenbergbaues zusammengestellt und fordert alle Arbeiter und Angestellten auf, für dieses Programm in möglichster Geschlossenheit einzutreten.

Die deutschen Gewerkschaften sind entschlossen, die Durchführung dieser Forderung in der nachhaltigsten Weise zu unterstützen. Sie erwarten indes, daß die Reichsregierung es nicht zu solchen folgenschweren Konflikten kommen läßt, sondern eingedenk ihrer Verheißungen und des einmütigen Willens weitester Volkskreise die Sozialisierung des Kohlenbergbaues zur raschen Tat werden läßt.

Gegen die Absichten des Reichswirtschaftsministers auf Beilegung der Sozialisierungskommission wendet sich folgende Erklärung:

»Der Reichswirtschaftsminister hat im Reichstag wiederholt den Gedanken erörtert, die Sozialisierungskommission aufzulösen und ihre Funktionen auf den Reichswirtschaftsrat zu übertragen.

Der Ausschuß des A. D. G. B. erachtet es gegenüber solchen Plänen für notwendig, daran zu erinnern, daß die Wiedereinsetzung der Sozialisierungskommission erfolgt ist auf Grund der Vereinbarung vom 20. März 1920 zwischen der Reichsregierung und den Gewerkschaftsverbänden zum Zwecke der sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige. Die Kommission hat die Aufgaben der wissenschaftlichen Prüfung der Möglichkeiten, Wege und Ziele der Sozialisierung. Der Reichswirtschaftsrat kann diese Aufgaben infolge seiner Zusammensetzung nicht lösen, wie seine Behandlung der Frage der Kohlenwirtschaft zeigt. Die Sozialisierungskommission hat ihre Arbeiten auch bei weitem noch nicht erledigt, da sie Untersuchungen über den Kalbergbau, über das Bau und Wohnungswesen, über die Eisenwirtschaft und über die Energiewirtschaft teils in Durchführung, teils vorbereitet hat. Die Reichsregierung selber hat ihr obendrein die Prüfung der Frage des Verkehrswesens übertragen. Unter diesen Umständen wäre die Auflösung der Sozialisierungskommission einer Sabotierung des in der Verfassung festgelegten Gedankens der Sozialisierung gleichzusetzen.

Die Gewerkschaften legen gegen derlei Absichten des Reichswirtschaftsministeriums die entschiedenste Verwahrung ein und erklären, daß sie gewillt sind, eine solche Verletzung des Atkommens vom März 1920 mit aller Entschiedenheit abzuwehren.

**Das Existenzminimum.**

Von H. Kahmann, M. d. R.

Mit dem Begriff Existenzminimum wird seit geraumer Zeit eine ungeheure Verwirrung angerichtet. Jede Lohn- und Gehaltsforderung der Arbeiter und unteren und mittleren Beamten wird mit dem Hinweis erhoben, daß das Existenzminimum nicht erreicht sei und mindestens erreicht werden müsse.

Wenn das gesteckte Ziel so einfach wäre und mit der Auszahlung größerer Mengen Papierfetzen erreicht werden könnte, dann müßte es in Deutschland längst erreicht sein. Und dann wäre es in Oesterreich, wo die Maschinen zur Herstellung der Banknoten in noch rasenderem Tempo laufen, als in Deutschland, erst recht erreicht und die russischen Arbeiter und Beamten müßten sich wie Bourgeois fühlen, denn sie erhalten jetzt Monatsbezüge an Papiertrubeln, die früher ein Vermögen darstellten und von deren Zinsen früher eine Familie ein ganzes Jahr anständig leben konnte. In Deutschland aber, wie auch in Oesterreich, und vor allem in Rußland, steigt die Summe des Existenzminimums schneller als das Einkommen und günstigenfalls geht es den breiten Schichten des Proletariats in seinem Streben, das Existenzminimum zu erreichen, so wie dem Hund, dem man auf einer Verlängerung der Wagendeichsel, an der er zu ziehen hat, eine Wurst anbrachte. Er kann sie nicht erreichen, mag er noch so schnell laufen — die Distanz bleibt dieselbe.

Die Förderung auf Gewährung des Existenzminimums, durch Erhöhung des Einkommens, mag in einem Gemeinwesen, dessen Wirtschaft gut funktioniert und prosperiert und das weder für Zwecke des eigenen, noch für die anderen Länder gewaltige Summen aufzubringen hat, berechtigt und durchführbar sein. In einem Lande aber, dessen Produktion an allen Enden und Enden gelähmt ist, das gewaltige soziale Lasten zu tragen und ungeheure Summen an Kriegsschadung aufzubringen hat, und das überdies in seinen Rohstoffbezügen und in seinem Absatz an Waren in weitgehendsten Maße vom internationalen Markt abhängig ist, gleicht die Forderung einem Phantom.

Wir schreiben das nicht um dem Proletariat in seinen schweren und notwendigen Kämpfen um Besserung seiner sozialen Lage hinderlich zu sein und um der besitzenden Klasse das Recht einzuräumen, die Forderungen der arbeitenden Schichten abzulehnen; nein wir schreiben das, um die Arbeiterschaft von dem Wahn zu heilen, daß sie allein durch Erhöhung ihres Stunden- oder Monatslohnes das Ziel erreichen könnte.

Jeder, ob Beamter oder Arbeiter, der in Beschäftigung steht, wird zu seinem Teil feststellen können — Ausnahmen scheidet immer aus —, daß sich sein Einkommen seit Jahresfrist wesentlich erhöht hat, und er wird ebenso feststellen müssen, daß sich seine wirtschaftliche Lage nicht gebessert hat. Die Frage der Erreichung des Existenzminimums hat eben tiefere Gründe und muß vom nationalökonomischen Standpunkt, unter Berücksichtigung der internationalen Lage, geprüft werden.

Als Existenzminimum gilt ein Einkommen, das ausreichend ist, um die Ausgaben für Nahrung, Kleidung, Wohnung und Kultursprüche für sich und die Angehörigen der Familie zu bestreiten. Dabei ist aber die Frage zu stellen, ob das Gesamteinkommen der Nation so groß ist, daß das Existenzminimum allen Angehörigen der Nation gewährt werden kann. Der gerechteste Zustand wäre es wohl, wenn das gesamte Nationaleinkommen nach gleichen Grundsätzen zur Verteilung gelangte.

Das Existenzminimum für alle Klassen der Bevölkerung ist verhältnismäßig leicht in den Ländern zu erreichen, die am wenigsten oder garnicht auf den internationalen Markt angewiesen sind. Das trifft zu auf Rußland, Amerika und England mit seinen Kolonien. Diese Länder verfügen über alle Rohstoffquellen, aus denen der Bedarf gedeckt werden kann, und sie haben soviel Ackerland, Wald und Vieh in Besitz, daß sie ausreichende Mengen Nahrungsmittel und Baumwolle ernten, Holz fällen und Wolle und Leder gewinnen können. Wenn in diesen Ländern die arbeitenden Massen in der Regel das Existenzminimum trotzdem nicht erreichen, dann liegt das daran, daß die Produktivität noch nicht genügend gesteigert ist, daß das Unternehmertum erheblichen Mehrwert in Anspruch nimmt oder daß die Zahlungsmittel von allen Schichten des Volkes aus dem nötigen Kreislauf zurückgehalten, also gespart und nicht zu produktiven Zwecken angelegt werden.

Viel schwerer fällt es den arbeitenden Massen in dem kontinentalen Deutschland, das im eigenen Lande weder ausreichende Rohstoffquellen noch genügend Acker, Wald und Vieh hat und demzufolge Rohstoffe für die Industrie und Nahrungs- und Futtermittel einführen muß. Das Volk eines solchen Landes kann nur bestehen, wenn ihm der internationale Markt erschlossen ist und es von ihm die nötigen Rohstoffe, Nahrungs- und Futtermittel einführen kann. Mit der Einfuhr allein aber ist es nicht getan, denn die Bezahlung dafür kann nur in wertvollen Zahlungsmitteln erfolgen. Solche Zahlungsmittel sind nun entweder Gold, oder Papiernoten, für die eine ausreichende Golddecke vorhanden ist. Eine solche Golddecke hat Deutschland vor dem nicht besessen und hat es heute

nach viel weniger. Der internationale Austausch erfolgte daher in der Weise, daß die bezogenen Rohstoffe gegen Fertigwaren getauscht wurden.

Der vom deutschen Volke erzeugte Warenwert ist viel geringer, als er zur Gewährung des Existenzminimums benötigt wird. Die Warenproduktion ist durch den Krieg und durch den Friedensvertrag ganz erheblich vermindert und bessert sich erst ganz allmählich. Aber selbst wenn Deutschland seine Warenproduktion ganz erheblich steigert, darf daraus noch nicht unter allen Umständen geschlossen werden, daß sich die Lage des arbeitenden Volkes ebenso erheblich bessert, denn mitentscheidend ist, ob die fertiggestellten Waren auf dem internationalen Markt günstig abgesetzt werden können. Die Aussichten dafür sind zur Zeit nicht die besten, denn die großen Absatzländer befinden sich selber in einer schweren Wirtschaftskrisis, und sie wäre auch in Deutschland noch viel schlimmer, wenn nicht durch riesige Zuschüsse aus Reichsmitteln, die in der Preissenkung für Lebensmittel und in der Niedrighaltung der Tarife im Post- und Eisenbahnwesen in die Erscheinung treten, die Produktionskosten ganz erheblich vermindert und somit die Industrieprodukte billig auf den internationalen Markt gebracht würden.

Die Lage des deutschen Volkes wäre aber noch trostloser, wenn Reich Länder und Gemeinden mit einemmal dazu kämen, die Steuern so auszubauen, daß die Defizits in den Etats verschwinden. Das könnte nur geschehen, wenn eine noch viel stärkere Steuerbelastung erfolgte, als das ohne hin schon der Fall ist. Wie umfangreich diese sein und in wie hohem Grade sie die Lebenshaltung des Volkes ungünstig beeinflussen würde, ergibt sich daraus, daß eine Verdoppelung der Einkommensteuer, die ja faktisch bei den größeren Einkommen gar nicht mehr möglich ist, indem schon jetzt rund siebzig Prozent weggesteuert werden, bei weitem nicht ausreichen würde, um Ausgaben und Einnahmen in Einklang zu bringen.

Das Erträgnis der Einkommensteuer wird auf jährlich 16 Milliarden geschätzt; wir schätzen es auf mindestens zwanzig. Auch bei dieser Schätzung dürfe noch zwanzig Milliarden Mark unterirdisch erzielt und versteckter Einkommen von der Steuer verschont bleiben. Ein oberflächliches Rechnen exemplarisch ergibt, daß nach dem angenommenen Steuererträgnis das Nationaleinkommen nur höchstens 150 Milliarden Mark im Jahre beträgt. Wenn von diesem Betrag ein Viertel für die nicht erwerbsfähigen Frauen und Kinder in Anrechnung kommt, dann bleiben für die ungefähr 25 Millionen selbständiger Erwerbstätiger rund lumpige 110 Milliarden Mark übrig oder pro Kopf und Jahr 4250 Mark.

Das ist das Einkommenmaximum, das gewährt werden kann, wenn von den geschaffenen Werten der Nation nicht gezehrt werden soll und wenn das Rechenexemplar der Steuerbehörden nicht total falsch ist.

Trotzdem hat die arbeitende Klasse ein Recht auf Verbesserung ihrer sozialen Lage zu drängen. Sie darf sich dabei aber nicht auf den einfachen Lohnkampf beschränken; nein, sie muß dem Kampf neuen Inhalt und neue Formen geben. Sie hat die Aufgabe die Intensität der Arbeit erheblich zu steigern, und sie muß dabei zugleich darauf hinwirken, daß das Mehrergebnis vollständig in den Besitz des arbeitenden Volkes übergeht. Sie muß mit aller Entschiedenheit darauf drängen, daß dem Unternehmertum die viel zu lang gewachsenen Krallen beschneiden werden.

Durch eine stärkere Leistungsfähigkeit in Landwirtschaft und Industrie, in Handel und Wandel und durch Beschneidung des Unternehmergewinns werden die Produkte verbilligt, und in demselben Maße steigert sich die Kaufkraft des Volkes.

Das Existenzminimum ist damit heilich noch lange nicht garantiert. Das zu erreichen wird erst möglich sein in der sozialistischen Gesellschaft, in der die Arbeiterklasse weder für heimische noch für ausländische Kapitalisten Mehrwert zu schaffen hat. In der sozialistischen Gesellschaft wird die ganze Gemeinschaft in ihrer Tätigkeit darauf eingestellt sein, den Bedarf und die Erzeugung von Kulturgütern zu steigern. Auf dieses große Ziel müssen die Kämpfe, die mit der Vollsozialisierung der Kohle beginnen, mit eingestellt werden.

## Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Parteien des Berufes.

### Ortsberichte.

**Cassel.** Am 7. Januar 1921 fand im Vereinslokal bei Geossen Wittrod unsere diesjährige, äußerst gut besuchte Generalversammlung statt. Der zweite Vorsitzende Kollege Wündisch gedachte zunächst in einem warmen Nachruf des dahingegangenen Führers der deutschen Gewerkschaften Carl Legien. Die Versammlung ehrt sein Andenken durch Erheben von ihren Plätzen.

Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles erstattet Kollege Harff den Jahresbericht über die Tätigkeit der Verwaltung auf den verschiedensten Gebieten. Als Haupterfolge zielbewußter Arbeit sei hier nur kurz erwähnt, daß trotz monatelanger

Kurzarbeit in den großen Firmen, die verhältnismäßig hohe Zahl von 26 Arbeitslosen am Ende des Jahres aus der Welt geschafft ist. Die Ursache dieser erfolgreichen Tätigkeit ist nur durch unseren Einfluß im städtischen Arbeitsamt erzielt worden. Ferner wurden 16 Verhandlungen mit den Unternehmern geführt, welche meistens zugunsten der Kollegenschaft ausgefallen sind. Durch sparsames Verwalten war es uns vergönnt, das im Gewerkschaftshaus befindliche Bureau auch weiterhin bei zu behalten und die bestehende Bibliothek um eine beträchtliche Anzahl von Kunst- und Fachwerken zu erweitern. An Hand der Abrechnungen stellt Kollege Harff noch fest, daß im vergangenen Jahr 26 Arbeitslose eine Unterstützung von 1879,40 Mk. und 49 Kollegen eine Krankenunterstützung in der Höhe von 2286,40 Mk. bezogen haben. Die Einnahmen im ganzen Jahr betragen zirka 16000.— Mk. Der Hauptkassens überwiegen wir 3500.— Mk. Das andere Geld ist zum größten Teil als Abfindung unserer Witwen ausgezahlt worden. In der anschließenden Diskussion kam allgemein zum Ausdruck, daß man mit der geleisteten Verwaltungsarbeit, speziell mit der opfernden Tätigkeit des 1. Vorsitzenden Kollegen Harff, sehr zufrieden war. Die Versammlung erstattete daraufhin des gesamten Vorstandes einstimmig Entlastung.

Die Neuwahl der Verwaltung ergab folgendes Resultat: Heinz Harff, 1. Vorsitzender, Otto Wündisch, 2. Vorsitzender, Eduard Wenghöfer, 1. Kassierer, Oskar Speer, 2. Kassierer, Hans Kampka, 1. Schriftführer, Herrm Übersezig, 2. Schriftführer, Kollege Gustav Beil, Arthur Schminke und Eduard Böhm als Beisitzer und Josef Sauren, Wilhelm Ries und Otto Stephan als Revisoren. Die Wahlen fanden wiederum einstimmig Annahme. — Der letzte Punkt der Tagesordnung »Anfragen und Anträge« gestaltete sich äußerst lebhaft. Kollege Wündisch stellt zur bevorstehenden Tarifrevision folgenden Antrag: »Die Mitgliederschaft Cassel beantragt bei der kommenden Tarifrevision dahingehend zu wirken, daß allen Kurzarbeitern über den eingebüßten Lohn eine Entschädigung von 25 Prozent des Verdienstausfalles zu bezahlen ist.« Begründet wird der Antrag damit, daß die Buchdrucker schon mehrere Jahre bei verkürzter Arbeitszeit in den Genuß dieser Vergünstigung treten. Gleichzeitig weiß Redner darauf hin, daß es im Interesse eines gedeihlichen Zusammenarbeitens mit den Schwagerkollegen liegt, durch Annahme dieses Antrages eine bisher bestehende Reibungs möglichkeit besonders in den gemischten Betrieben zu beseitigen.

Mit Rücksicht darauf, daß Cassel immer mehr und mehr der Kategorie der prozentual teuersten Städte zurechnet und diese auch durch die Einreihung von Ortsklasse C in B der Beamtenbesoldung zweifellos zum Ausdruck gebracht wird, beantragt die Zahlstelle Cassel mit Nachdruck auf eine Erhöhung des Lokalzuschlages von 15 und 20 Prozent zu wirken. Des weiteren stellt die Kollegenschaft Cassels den Antrag, daß die Berechnung der zuständigen Ferientage nicht mehr nach der Beschäftigungsdauer innerhalb einer Firma, sondern nach der Höhe der vollendeten Berufsjahre zu erfolgen hat. Dieser Antrag scheint der Verwaltung als besonders geeignet, eine beruhigende Wirkung in der gesamten Kollegenschaft auszulösen da gerade jetzt in der Zeit des wirtschaftlichen Umsturzes viele Kollegen ihre Stellungen wechseln mußten und dadurch die alten Urlaubsberechte verloer haben.

Alle drei Anträge finden einstimmige Annahme. Ein weiterer Antrag über die Erhöhung des Lokaltages von 20 auf 50 Pfg. wird gegen 15 Stimmen angenommen.

**Geißlingen.** In dem Bericht von der Gaukonferenz Stuttgart wird betont, daß die Kollegen in der Schwarzwälder Uhrenindustrie und in Geißlingen dem Kollektivabkommen des Metallarbeiterverbandes unterstehen und höhere Löhne beziehen. Während es richtig ist, daß wir diesem Kollektivabkommen unterstehen und die Schwarzwälder Kollegen höhere Wochenlöhne erhalten, werden die Geißlinger genau nach obigem Abkommen, Stundenlohn, entlohnt und stehen gegenwärtig unter unseren tariflichen Löhnen.

**Hamburg.** Um 6 Uhr eröffnete Koll. Ulrich die gutbesuchte Jahresversammlung und gibt einen kurzen Rückblick über die Entwicklung und Tätigkeit des Verbandes im verflorenen Jahr. Bei dem darauf folgenden Bericht über die am 9. Januar 1921 in Berlin stattgefundenen Lohnverhandlungen setzt eine heilige Diskussion ein, bei der allgemein die größte Unzufriedenheit über die völlig unzureichende Lohnzulage zum Ausdruck kommt. Die Versammlung beschließt einstimmig unterstehenden Protest sofort an den Hauptvorstand abzuschicken. Zum nächsten Punkt »Beitragserhöhung« begründet der Vorsitzende die Notwendigkeit, den Beitrag von 3 auf 5 Mk. zu erhöhen. Koll. v. Dyk bedauert, daß der Vorstand und die Gauleiter nicht den Vorschlag des Aussusses, den Beitrag auf 6 Mk. zu erhöhen, gefolgt sind und bringt folgenden Antrag, der gegen eine Stimme angenommen wird, ein:

Die am 18. Januar stattfindende Generalversammlung der Hamburger Kollegenschaft erblickt in der jetzt vorgenommenen Beitragserhöhung keine Garantie für die Sicherung unserer Finanzverhältnisse. Die zu erwartende Entwicklung

läßt es der Hamburger Kollegenschaft notwendig erscheinen, daß auch auf dem Gebiete der Beitragszahlung, den veränderten Zeitverhältnissen Rechnung getragen wird. Sie hätte deshalb eine Beitragserhöhung auf 6 Mk. für sämtliche Vollmitglieder für unbedingt notwendig erachtet und bedauert es aufs tiefste, daß Hauptvorstand und Gauleiterkonferenz nicht den Mut und die Einsicht gefunden haben, den Schritt zu tun, welcher im Interesse des Verbandes notwendig war.

Die darauf folgende Wahl des Ortsvorstandes ergab die Wiederwahl des Koll. Ulrich zum 1. Vorsitzenden. Unter Verschiedenes wurde noch besonders das System der Privatlithographen ins rechte Licht gerückt und betont, daß dadurch die Arbeitslosigkeit ganz bedeutend erhöht wird.

Protest: Die heute am 18. Januar im Gewerkschaftshaus stattfindende Versammlung der Lithographen und Steindruckerkollegen schärft den Protest gegen den Abschluß der letzten Teuerungszulage von 20 resp. 25 Mk., da dieselbe nicht im entferntesten den bescheidenen Ansprüchen der Kollegen Rechnung trägt. Sie erwartet vom Verbandsvorstand sofortige zu unternehmende Schritte, um der weiteren Verelendung der Kollegenschaft Einhalt zu tun, andernfalls wäre die Kollegenschaft gezwungen aus der bitteren Notwendigkeit heraus, zur Selbsthilfe zu greifen.

**Krefeld.** Die am 8. Januar d. J. im Volks-hause tagende General-Versammlung der hiesigen Zahlstelle nahm einen ausführlichen Jahresbericht der Verwaltung entgegen. Die erfreuliche Wiedererstarke und innere Kräftigung in den Reihen der Kollegen durfte man als einen Lichtpunkt der Darlegungen betrachten. Unter der Ungunst der wirtschaftlichen Berufsfrage hatten auch die beiden hiesigen Fachgruppen des Steindruck- und Formstiegergewerbes schwer zu leiden. Der ungenötigte Mut aller Mitglieder in dem schweren Daseinskampfe, der sich hier im besetzten Gebiet in besonderen Formen abspielte, kann nicht hoch genug gewertet werden. Es würde zu weit führen, den niederdrückenden Bettel wie er seit den Tagen der Umwälzung im Steindruckgewerbe hier geführt werden mußte, nachträglich ausführlich zu skizzieren. Liegt doch der hiesige Platz in allzu nahem Bereich der linksrheinischen Schutzstadt Rheydt und die dortigen Schutzgewaltigen haben es von jeher gut verstanden ihre Fudtel gleichmäßig über beide Gruppen zu schwingen, über die der verbündeten Arbeitgeber sowohl wie der unterdrückenden Arbeitnehmer. Mochte die Kollegenschaft sich mit ihren Forderungen in noch so bescheidenen Grenzen halten, mochte die allgemeine Nollage noch so offensichtlich die Berechtigung minimaler Forderungen erweisen, es galt nichts und bestimmte nichts, zuerst mußte Rheydt gehört werden und wenn dies gesprochen hatte, dann konnte man — wie Rheydt wollte. Allerdings wird das Sondergebilde des linksrheinischen Schutzverbandes jetzt als 12. Kreis der Reichsarbeitergemeinschaft geführt, damit hat man den Namen gewechselt, nicht den Geist. Der alte Schwarzmachergestalt ist geblieben, das zeigte sich deutlich als im Oktober v. J. 20 Kollegen der drei größten Firmen am Orte, des langen Hinhaltens müde in energischer Weise ihre Forderungen geltend machten und bei Ablehnung derselben auch vor der Kündigung nicht zurückschreckten. Es war wie ein Aufatmen von langem, peinlichem Drucke und man hoffte zuversichtlich auf eine ausgiebige Unterstützung auch der übergeordneten Instanzen um mit nötigen Nachdruck den eingeschlagenen Weg verfolgen zu können. Aber da kam die große Enttäuschung, Zentrale und Gauleitung drehten bei, zum Kampfe durfte es nicht kommen. Und doch hatte namentlich die Letztere den Mund so voll genommen, es lagen wohl zu viele Eisen im Feuer und da mußte bei Zeiten gelöst werden. So war denn auch das Ergebnis der Verhandlungen ein recht mageres, der Rheydter Syndikus verstand es schon den Sirkus zu drehen. Ueber manche Begleiterscheinung wie sie in den mit den Unternehmern geführten Verhandlungen zu Tage trat, wurde in den Versammlungen ein bitteres Urteil gefällt und das Vertrauen in die übergeordneten Instanzen hat hier am Orte einen argen Stoß erlitten. Wort und Tat standen nicht miteinander im Einklang. Das einzig Wertvolle, was aus der Bewegung hervorging, ist der Geist der Geschlossenheit, der unter den Angehörigen des Steindruckgewerbes seinen Platz gefunden hat, verbunden mit der Erkenntnis, fernerhin die Gestaltung der Geschichte selbständiger in die Hand zu nehmen. Von Berlin aus wird das Heil hier nicht mehr erwartet.

Das unter solchen Gesichtspunkten die in der Versammlung zur Erörterung stehende Kölner Resolution betr. einer Beitragserhöhung eine recht geteilte Aufnahme fand ist begreiflich. Auch diesmal entlud sich mit Hinblick auf vorstehende Zeilen nochmals manch hartes Wort. Wenn man auch der allgemeinen Begründung des höheren Beitrages die Anerkennung nicht versägte, so hat es doch an dem guten Willen in der Erfüllung hoher Pflichten dem hiesigen Platze gegenüber so gepikert, daß es auch umgekehrt mit der hohen Pflanzenerfüllung von unten nach oben hier nicht weit her ist. Ueberwiegend kam die Neigung zum Ausdruck durch Stärkung der Lokalkasse einen örtlichen Kampf (Fortsetzung in der Beilage.)



onds zu bilden um dadurch in finanzieller Hinsicht größere Bewegungsfreiheit zu haben. Das Hemd soll einmal näher liegen als der Rock. Folgende Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen: »Die Versammlung nimmt gegenüber der Köner Resolution eine ablehnende Haltung ein. Das Verhalten der Zentrale bei der letzten Bewegung im Orte durch Nichtbewilligung der erforderlichen Mittel, hat das Vertrauen der Kollegen zu derselben nicht gerechtfertigt und sind dieselben für eine allgemeine Beitragserhöhung nicht zu haben. Dagegen soll mit Nachdruck auf die Stärkung der Lokalkasse hingearbeitet werden.« Die tiefe Mißstimmung wie sie unter den Kollegen herrscht ist aus diesem ersichtlich. Möge es der Zentrale wie auch der Gauleitung recht bald gelingen diese Schritte auszuweiten. Mit schlapper Limonade wird man sich hier nicht mehr zufrieden geben.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde der Lokalbeitrag auf wöchentlich 1 50 M. festgesetzt. Auf Grund der am 31. Dezember aufgenommenen Lohn-Statistik ergab sich für Steindrucker ein Durchschnittslohn von 259 73 M., für Formstecher ein solcher von 256.45 M., 19 Kollegen sind noch in anderen Berufen tätig, von denen 11 auch den für sie zuständigen Organisationen angehören. Der Drang der Rückkehr in dem nach Ausspruch eines hiesigen Unternehmers doch so »schönen Beruf« bei diesen garnicht groß. Die Versammlung war gefragt von einem guten Geist der auch in der glatten Erledigung der Neuwahl der Verwaltung seinen Ausdruck fand. Möge das Gefühl der Einigkeit, wie auch der rege Versammlungsbesuch im weiteren Verlauf des Jahres so anhalten dann wird es auch hier vorwärts gehen — trotz alledem.

**Magdeburg.** Eine gut besuchte Mitglieder-versammlung fand am 15. Januar im »Monopol« statt. Als wichtigster Punkt stand auf der Tagesordnung: »Tarifrevision der Lithographen und Steindrucker.« Einstimmige Annahme fanden folgende Anträge:

1. Die Lithographen und Steindrucker Magdeburgs beantragen den Zusammenschluß mit den anderen Sparten unseres Verbandes zum Einheits-tarif.
2. Zum § 3. Für Magdeburg 20 Prozent Ortszuschlag, wie es bei den Lichtdruckern und Chemigraphen schon lange besteht.
3. Zum § 5. Die Gehilfenschaft unterstützt das Ersuchen der Lehrlinge um Erhöhung ihrer Entlohnung. Für die Dauer des Tarifes dürfen Lehrlinge nicht eingestellt werden.
4. Zum § 7. Wir beantragen für  
1 Jahr Beschäftigungsdauer 6 Tage Ferien  
2 " " " " " " " " " " " "  
3 " " " " " " " " " " " "  
15 " " " " " " " " " " " "
5. Anhang II. § 14. »Prämienarbeit« ist nicht zulässig.

Die jüngste Teuerungszulage konnte keine Befriedigung auslösen. Die einstimmige Annahme folgender Entschliebung zeigt den Unternehmern, wie es um die Gehilfenschaft bestellt ist.

Um der Verelendung der Gehilfenschaft entgegen zu wirken, beauftragen wir Tarifvertreter sowie Verbandsvorstand, den Unternehmern unsere Stellungnahme deutlich zu erklären. Der Lohn ist auf das Existenzminimum, welches für Magdeburg 352 Mark beträgt, zu erhöhen. Der alte Bestand an Wäsche, Schuhwerk usw. ist vollständig aufgebraucht und kann durch die niedrige Entlohnung nicht erneuert werden. Zeigen die Unternehmer wiederum ihre ablehnende Haltung, so ist der Untergang unseres Gewerbes auf ihr Konto zu schreiben. Eine Gehilfenschaft, welche langsam aber sicher dem »Lumpenproletariat« in die Arme getrieben wird, hat kein Interesse an einem geordneten Produktionsgang.

Eine stürmische Debatte entspann sich über die drückenden Steuerlasten der arbeitenden Bevölkerung. Auf der einen Seite die Klasse der Schlemer und Ausbeuter, gepaart mit überspanntem Luxus, auf der anderen Seite die Klasse der Proleten, im Gegensatz zu oben ein Hungerdasein führend. Jede weitere Belastung in irgend einer Form ist abzulehnen. Resolutionen läßt die bürgerlich-kapitalistische Regierung in den Papierkorb wandern. Wir müssen zur Tat übergehen. Die Entrüstung der Versammlung fand in folgender einstimmig angenommenen Entschliebung ihren Niederschlag.

»Die am 15. Januar tagende Versammlung des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe beauftragt das Gewerkschaftskartell Magdeburg, zu den brennenden Steuerfragen Stellung zu nehmen. Die Steuerlasten der arbeitenden Bevölkerung sind so enorm, daß Abhilfe geschaffen werden muß. Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund, welcher 8 Millionen Mitglieder umfaßt, eine gewaltige Aktion durchführen kann, wenn der Aufruf klar und deutlich erfolgt. Die Steuersabotage der Besitzenden zeigt uns den Weg, der zu gehen ist.«

Wir fordern die Kollegen im Reich auf, ebenfalls gegen diese drückenden Steuerlasten rechtzeitig ihre Stimme zu erheben.

**Niedersedlitz.** Die Zahlstelle Niedersedlitz hat in einer am 19. Januar einberufenen außerordentlichen Versammlung zur letzten Teuerungszulage Stellung genommen. Die Versammlung nahm untenstehende Resolution einstimmig an, beschloß selbige unverzüglich an den Verbandsvorstand abzusenden

und den Kollegen Deutschlands dieselbe in der »Graphischen Presse« zur Kenntnis zu bringen.

Wir fordern alle Kollegen auf, uns in unseren Forderungen zu unterstützen und unverzüglich ihre Beschlüsse dem Verbandsvorstand mitzutellen.

»In der am Mittwoch den 19. d. Mts. sofort einberufenen Extraversammlung (Restaurant zur Laube, Kollege Richter) wurde entschiedene Stellung genommen gegen die vollständig unzureichende Teuerungszulage. Die Kollegen sind sich darüber einig, daß es so nicht weiter gehen kann und darf. Sie sind sich einig, daß es nur ein Hohn ist auf unseren Beruf, ein Hohn auf unsere Ernährungslage.

An ein Sinken der Lebensmittelpreise ist vorerst gar nicht zu denken. Hat der Verbandsvorstand auch in Betracht gezogen, daß in nächster Zeit der Eisenbahngütertarif um 80 Prozent und der Personentarif um 100 Prozent erhöht werden? Es ist selbstverständlich, daß die Arbeitsfahrkarten nachher das Doppelte kosten und die Waren infolge des erhöhten Gütertarifs ganz beträchtlich anziehen werden sowie überhaupt die ganze Lebens- und Wirtschaftsführung um ein ganz bedeutendes im Preise steigen müssen. Und wir sind bis zum 31. März an unseren schon jetzt gänzlich unzureichenden Lohn gebunden. Was soll nahher werden? Was gedenkt der Verbandsvorstand dagegen zu tun? Wir stehen auf der Leiter zum Existenzminimum auf der untersten Sprosse. Die Kollegen sind fest entschlossen, sich durch die bis jetzt verfolgte Lohnpolitik, welche gegenüber anderen Berufen bis auf den Schlenndrian herabgesunken ist, nicht noch weiter hinhalten zu lassen. Wir laufen ganz ernstlich Gefahr, auch noch von der letzten Sprosse abgedrückt zu werden. Die Kollegen sind aufgebracht daß uns immer und immer wieder vom Verbandsvorstand der Dämpfer aufgesetzt wird: Unser Beruf ist ein Luxusberuf. Wir rufen es hinaus an alle Kollegen Deutschlands und besonders auch an den Verbandsvorstand: Es ist nicht wahr! Unser Beruf ist ebenso notwendig wie andere Berufe! Das gesamte Wirtschaftsleben benötigt unbedingt eine durchgreifende Reklame, ohne eine solche ist kein Wirtschaftsleben denkbar. Was ersehen wir an den in unserem Beruf fast überall eingeführten Doppelschichten? Was ersehen wir an der Unterbringung fast aller arbeitslosen Kollegen? Wahrscheinlich keinen Luxus, aber wir ersehen die feststehende Tatsache, daß unsere Produkte im Wirtschaftsleben dringend benötigt werden.

Das Wort Luxusberuf, oder besser gesagt: Wenn der Verbandsvorstand seinem Verband klar zu machen sucht, daß der genannte Beruf ein Luxusberuf ist, dann stärkt er den Unternehmern das Rückgrat und haben es bis jetzt als beste Waffe gegen uns bei unseren Lohnverhandlungen angewendet. In einer hiesigen Firma (Luxus!)papierwarenfabrik O. Enterlein) besteht die Tatsache, daß das Steindruckgewerbe am niedrigsten entlohnt wird. Beispiel: Ein Maschinenmeister unter 24 Jahren hat 211.— Mk. Der im Saale tätige Arbeiter, 19 Jahre alt (Fabrikarbeiterverband) hat 216.— Mark Lohn. Seine Arbeit ist Walzen waschen, Stöße heben usw. Jetzt sollen die Drucker ihre Stöße selbst heben, da der Arbeiter zu teuer wird. Das ist genug gesagt. Im übrigen hat der Besitzer obengenannter Firma gesagt: Er bedauere sehr, daß unser Tarif nicht höher ist, könnte die Kollegen aber auch nicht über tariflich bezahlen. (Was sagt der Schutzverband dazu? D. Red.)

Die Zahlstelle Niedersedlitz fordert ganz energisch vom Verbandsvorstand, bis zum 15. Februar in neue Lohnverhandlungen zu treten.

Wir fordern keine Teuerungszulagen, sondern wir fordern für unsere Arbeit einen entsprechenden Lohn.

Wir fordern das für Dresden maßgebende Existenzminimum, welches bisher 317.— Mk. betrug.

Die Kollegen lassen sich unter diesem Satz nicht mehr abspelsen. Mit aller Energie und allen uns zu Gebote stehenden Mitteln werden wir anderen Beschlüssen zu begegnen wissen.

Desgleichen fordern wir vom Verbandsvorstand, die Regelung der Lohnfrage nicht mehr einvierteljährlich, sondern jeden Monat stattfinden zu lassen. Wir begründen es damit, daß andere Berufe (Metallindustrie usw.) dieselben Vereinbarungen haben. Zweitens ist es nicht von Vorteil, sich bei den Preisschwankungen lohnlich auf ein Vierteljahr festzulegen.

**Saalfeld a. d. S.** Sang- und klanglos wurde am Sonntag, den 23. Januar der 5. Lehrgang der Volkshochschule Saalfeld a. d. S. mit der *Gemälde- und Federzeichnungsausstellung unseres Kollegen Max Schamberger eröffnet.* Der Dichter, Maler und Humorist Wilhelm Busch schreibt: »Musik wird oft nicht schön empfunden, weil sie stets mit »Geräusch verbunden«, und: »Ich bin, statt des Gewinns, mehr für die stille Welt des Pinsels.« So hielt es auch diesmal die Volkshochschule, und das war, mal zur Abwechslung mit der *bilden ten Kunst* den Anfang zu machen, auch gut. Über sechzig Aquarelle und Federzeichnungen hat unser unermüdetlicher Kollege, mit gültiger Unterstützung des Kollegen, Oberdrucker Julius Rösler, in der Turnhalle der Pfortenschule ausgestellt. Malerische Ansichten aus Flandern, Thüringen und Franken, von der Lüneburger und Mecklenburger Heide, von Hannover usw. waren zu schauen. Ganz besonders ein Aquarell »Trüber Tag« hat allgemein gefallen, und

wurde auch von dem Zeichenlehrer des Realgymnasiums, der schon vor einigen Jahren ein paar Bilder von Schamberger, aus dem Felde, erworben hat, jetzt ebenfalls käuflich erstanden. Gewiß ein schönes Zeugnis für den künstlerischen Wert der ausgestellten Bilder unseres Kollegen. Auch die großen Federzeichnungen, die so sehr charakteristisch in Architektur, Baumschlag Landschaft und besonders »im Himmel« (Luft) sich auszeichnen, fanden allgemeinen Beifall. Der Besuch der Ausstellung war nicht besser und schlechter, als bei allen bisherigen hiesigen Ausstellungen. Durch die jetzigen, besonders am Sonntag schlechten Verkehrsverhältnisse, die überdies auch noch so sehr teuer sind, kann man von auswärtigen Kollegen nicht verlangen, daß sie nach hier kommen sollen. Aber von den am Orte oder in nächster Nähe wohnenden Kollegen, die »auf Schusters Rappen« ganz gut die artistische Pilgerfahrt nach der Turnhalle antreten konnten, hätte man doch wohl annehmen können, daß sie diese Ausstellung eines jetzt wieder am Orte wohnenden Kollegen hätten besuchen sollen. Leider waren aber nicht einmal alle Lithographenkollegen in dieser Ausstellung, und von den Druckerkollegen war — mit einer einzigen Ausnahme — überhaupt keiner in dieser schönen Ausstellung eines Saalfelder Kollegen. So schwach wie die Teilnahme der Kollegen an der Volkshochschule im allgemeinen ist, so schwach war sie bei dieser Ausstellung im besonderen. Möge an Stelle der Gleichgültigkeit die Begeisterung treten.  
mt.

## Der Lithograph.

### Modezeichnerbewegung.

In diesen Tagen traf ich einen Kollegen, den ich lange Jahre nicht gesehen hatte, einen Modezeichner. Derselbe war vor dem Kriege nicht für den Verband zu haben. Aus dem flüchtigen Begrüßen wurde eine größere Aussprache auf dem Wege nach Hause. Es ging dem Kollegen so wie mir: Er hatte ein großes Bedürfnis nach Mitteilung aus Kollegenkreisen. Nachdem wir die Reihe der bekannten Kollegen durchgesprochen hatten und dabei feststellten, daß viele nicht mehr beruflich tätig sind, erzählte er mir einiges über seine gegenwärtige Lage. Er arbeitet selbständig und klagte er sehr über die schlechten Preise die gezahlt werden, wobei er mir eine Arbeit zeigte, für die er 100 Mk. vom Vermittler bekommen sollte. Der Vermittler wollte ebenfalls für seine Tätigkeit 100 Mk. haben. Nach meiner Auffassung wäre die ganze Summe als annehmbar zu bezeichnen gewesen.

Wir kamen dann von der beruflichen Lage auf die allgemeine wirtschaftliche Lage Deutschlands und legte ich ihm klar, wie eins auf das andere zurückwirkt. Dabei erzählte ich ihm auch einige Kapitel von den Arbeiten unserer Zeichnerkommission. Dieses Bild paßt zu der allgemeinen traurigen Lage. Seit ungefähr einem halben Jahr ruht diese Tätigkeit vollständig. Die Kommission befindet sich im Winterschlaf und niemand weiß, wann ihr Frühling kommen wird.

Schon oft wird mancher Modezeichner die Graphische Presse aus der Hand gelegt haben mit dem Gefühl: Wieder ist nichts von meiner Gruppe darin zu lesen. Dies könnte anders sein, wenn die Kollegschaft mehr wie bisher die Zeiten auf sich einwirken ließen. Nicht einmal die Vorgänge 1918 und 1919, die in allen Berufen eine außerordentliche Steigerung der Zahl der Verbandsmitglieder mit sich brachten, zeitigten hier ein Resultat. Die paar Revolutionsmitglieder sind längst wieder verloren gegangen, da sie, ihrem Milieu entsprechend, nicht den richtigen Weg fanden. In 3 Lagern befinden sich organisierte Zeichnerinnen und Zeichner. Die von uns versuchte Zusammenfassung scheiterte, weil die Kollegschaft die Form ihres Arbeitsverhältnisses höher schätzte, als eine nach modernen Grundsätzen arbeitende Interessenvertretung. Die große Kluft, Angeteilt oder Arbeiter, klapft auch hier.

Wenn es nun nicht möglich war, die in den Ateliers beschäftigten Damen und Herren von unserer Auffassung zu überzeugen, so war an eine Bewältigung der riesigen Aufgabe, selbständige Zeichnerinnen und Zeichner mit ihrem ausgesprochenen individual Charakter, davon zu überzeugen, daß sie gemeinsam ihre Lage verbessern sollen, nicht zu denken. Denn jeder von ihnen hält sich für stark genug, die kapitalistischen Wirtschaftsgesetze zu meistern, wobei sie auf ihre künstlerische Leistung am meisten pochen. Daß Argebot und Nachfrage auch bei uns im Berufsleben eine Rolle spielen, kommt ihnen nicht zum Bewußtsein. An diese Dinge mußte ich ganz besonders denken, als mir der oben genannte Kollege seine Lage schilderte.

Daß ein Zeichner gibt die, oberflächlich betrachtet, das Gegenteil beweisen, soll nicht bestritten werden. Der Beweis, daß es vor allem der bekannte Namen ist der bezahlt wird, dürfte nicht schwer zu führen sein. Aus dem Schwestertag der Reklame sind ja wahre Perlen der Erscheinung weltbekannt. In der letzten Zeit mehren sich die Anzeichen, daß auch in unseren Beruf eine Aenderung sich abbahnt. Sinnes spukt umher. Allem Anschein ist ihm der Verlag Vobach erlegen, die enge Ver-

bindung mit Büxenstein und ein Wechsel in der Leitung deuten darauf hin.

Dringend notwendig wäre auch die Verbindung mit der Kollegenschaft in den anderen Städten Europas. Die Voraussetzung dazu ist jedoch, daß sich erst einmal die Berliner zusammen finden. Noch kann niemand sagen wie sich die Verhältnisse weitergestalten. Das eine ist jedoch sicher: Geteilter Schmerz ist halber Schmerz. Eine organisierte Kollegenschaft, die weiß was sie will, wird mit viel mehr Aussicht auf Erfolg in die Zukunft blicken, als dies ein einzelner kann. Darum ihr Modezeichnerinnen und Modezeichner: Nehmt ihr Kampf auf mit all den Widerständen! Bezwingt im Besonderen den Feind in Euch, den

Feind, der Euch ins Ohr zischelt: Was gehen Dich die anderen an. Sehr viel, sage ich, denn nur eine Hebung des Ganzen bringt den Einzelnen dauernden Gewinn.

### Zur Bewegung der Berliner Kartographen.

Als ehemaliger Westermänner Kartograph möchte ich dem Berichte über die Versammlung der Berliner Kartographen noch einige Worte hinzufügen. Eine jener Firmen, die Kollege Herbst geißelte, und die nur den tariflichen Mindestlohn zahlen, ist die Firma G. Westermann in Braun

schweig. Allein die Verheirateten kommen meines Wissens durch einen unglücklichen Zufall in den Genuß von 5 Mark Mehrlohn. (Dabei sind dort recht tüchtige Kollegen tätig).

Die Bewertung der »sich zum organisierten Arbeiter herabwürdigenden« Kartographen seitens der Geschäftsleitung ist eine reichlich niedrige. Da der Firma außerdem ein Teil äußerst bescheidener, in den besten Jubiläumsjahren stehender Kollegen zur Seite steht, verhalten in dem Hause selbst die bescheidensten Forderungen. Ich glaube im Namen vieler meiner ehemaligen Kollegen zu sprechen, wenn ich den Berliner Kartographen die vollste Sympathie ausspreche.

Zum sofortigen Eintritt suchen wir einen

## Ia Nachschneider und Fräser für Auto und Strich.

Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen sind zu richten an die Graph. Anstalt der Fried. Krupp A.-G., Essen.

## Einige Holzstecher

sowie mehrere

## tüchtige Messingstecher

werden durch den Arbeitsnachweis gesucht.

C. Schubart, Lichtenberg, Rittergutstraße 24.

## Andrucker

gewandt, fleißig und zuverlässig für Strich und Auto (Handpresse) suchen

**Böhme & Co.,**  
Kommanditgesellschaft  
MAGDEBURG.

Tüchtiger

### Umdrucker

für Stein und Zink sowie

**Steindruckmaschinenmeister** sofort gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften, Lohnansprüchen und Angabe des Alters u. frühesten Eintritts an Fr. Wilhelm Ruhfus, Dortmund

**Wir suchen** für sofort je einen tüchtigen und zuverlässigen

### Nachschneider

der auch in Holzschnitt bewandert ist

### Fräser für Routing-Maschine Photograph

für Auto-, Strich- u. Halbtonaufnahmen. Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen an

**Brend'amour, Simhart & Co. Nachf.**  
Düsseldorf-Oberkassel.

### Kollegen

erhalten den Vertrieb gern gekaufter Gebrauchsartikel. Guter Verdienst. Anleitung u. Muster gegen 2,50 Mk.

**M. Friebe, Leipzig-Stötteritz**  
Arnoldstraße 9.

## ZINKDRUCKPLATTEN

1a. Zinkätz-, Auswaschtinktur, Neuschleifen gebrauchter Platten.  
**KARL MESS, G. m. b. H., BERLIN SO. 36, Wiener Straße 11**  
Fernruf: Moritzplatz 1922

## Druckwalzenflanschen

ab Lager und kurzfristig liefert zu äußersten Preisen

**Max Kupko, Maschinenschlosserei, Eilenburg.**

## Lithographie (Export) Lithographie

Den neu patentierten, von lithographischen Großbetrieben als ersklassig anerkannten und als unübertroffen bezeichneten künstlichen

## Schleif- und Polierstein



liefert in Nummern: I scharf, II mittel, III fein, IV extrafein, in Form von

**Handsteinen** (auch zum Einspannen in die Maschine), per Stück Mark 7,—  
**Maschinensteinen** Durchmesser 22, 26, 32 cm, 7 cm Höhe Gewicht etwa 4, 5, 7 kg, per kg M. 10,—  
**Masse zum Selbstgießen in 1 kg Blöcken per kg Mark 9.50,—**

Zusendung gegen Nachnahme. Etwa Nichtkonvenientes wird zurückgenommen. Muster (1-4) per Stk. M. 7,—, sowie Prospekt auf Wunsch gerne zu Diensten.  
Exporteure :: Rabatt.

**Marlith Kunststein-Werk Distler & Wenzel,**  
München, Theresienstraße 76.

## Durchlichtung.

Auf gekörnte und glatte Zinkplatten verwendbar. Das einfache und absolut sicherste Copierverfahren. D. R. P. Ph. Müller. Auskunft und Verkauf durch **Karl Mess, Berlin SO. 36,** Wiener Straße 50.



## Wolf's preisgekrönte Bronzetinktur Kosmos

Ist Zusatz zu Gold-Druck-Unterfarbe, bürgt für das Hatten und einen bisher unerreichten Hochglanz des Bronzedruckes.  
Ein Versuch überzeugt.

Probep Dosen von 2,5 Kilo, Originaldosen von 5 Kilo ab Detmold.

**J. H. Wolff, G. m. b. H.,**  
Fabrik von Bronze-Tinkturen,  
Detmold.

## Graphische Fachklassen

Entwurf und Werkstattausbildung.

Auskünfte durch die **Barmen**

Kunstgewerbeschule

## Für Graphiker

neu erschienen der praktische Ratgeber:

### Das Reklame-Klischee und seine Vorteile

mit 49 illust. Beispielen und wichtigen Aufschlüssen der Reproduktions- und Drucktechnik von Hans Eckstein.  
Höchste Anerkennung der Fachpresse.

Inhaltsübersicht: Die Wichtigkeit der Klischees im Buchdruck. — Die Unterschiede der Klischees und ihre nähere Bezeichnung sowie ihr Werdegang. — 1. Der Holzschnitt (Xylographie). — 2. Die Strichätzung (Zinkographie). 3. Die Autotypie (Halbtönung) u. ihre Rasterunterschiede illust. dargestellt. — 4. Das Galvano. — 5. Die Stereotypie. — Wie soll die Zeichnung für Reproduktionszwecke beschaffen sein? — Die Technik zum Größenverhältnis. — Praktische Maßangabe. — Die negative Wirkung des Insektenklischees mit illust. Beispielen. — Farbige Tonplatten und praktische Hilfsmittel bei Reklamendruck. — Der Dreifarbenruck. — Das Wichtigste der Positiv-Retouche bei industriellen Aufnahmen. Ihre Technik und Ausführung mit illust. Beispielen. — Strich- und Halbtonkombination durch Rasterlöcher für Reklamezwecke illust. dargestellt. — Die Klischee-Montage. — Die Abnutzung der Klischees und die Ursache. :: Bestellungen per sofort Mk. 5.50 bei Oswald Thomas, Verlag Leipzig-Gohlis Postfachkonto Leipzig 52817.



# Teilschuldverschreibungen

der Grosseinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg

Jederzeit erhältlich in Stücken zu 500, 1000, 5000 und 10000 Mk.

Verzinsung im Jahr

**5 1/2 %**

Gedruckte Bedingungen sind in allen Consumvereinen zu haben oder abzufordern bei der Grosseinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg 1, Besenbinderhof 52